

Familea-Präsidentin fordert mehr Geld

Die Arbeitsbedingungen für Kita-Mitarbeitende müssten noch mehr verbessert werden.

Hans-Martin Jermann

Der Grosse Rat berät am Mittwoch über eines der wichtigsten Geschäfte der laufenden Legislatur: Wie stark soll der Kanton Basel-Stadt die familienergänzende Kinderbetreuung ausbauen und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern? Ausgelöst hat die aktuelle Diskussion eine Volksinitiative der SP für eine kostenlose Kinderbetreuung an zwei Tagen pro Woche bis zum Eintritt in die Primarschule.

Solche Gratis-Kitas für alle seien zu teuer und nicht zielführend, findet die Basler Regierung. Sie schätzt die jährlichen Mehrkosten der Initiative auf 125 Millionen Franken pro Jahr. Die Investitionen in den Ausbau des Angebots sind da nicht eingerechnet. Die Regierung hat zur Initiative einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der eine markante Erhöhung der Betreuungsbeiträge an die Eltern sowie den Ersatz von Praktika durch pädagogisch ausgebildetes Personal vorsieht.

Politik streitet über Details

Dieses Paket, das 27,7 Millionen Franken pro Jahr kosten würde, ist von der grossrätlichen Bildungs- und Kulturkommission (BKK) aufgemöbelt worden. Diese hat mit mehreren knappen Mehrheitsentscheiden vor allem die Arbeitsbedingungen der Kita-Mitarbeitenden nochmals verbessert. Unter anderem sollen diese künftig gleich viel verdienen wie Mitarbeitende von schulischen Tagesstrukturen. Die Umsetzung des BKK-Gegenvorschlages schlägt mit 36 Millionen Franken zu Buche.

Das Geschäft ist komplex und umstritten. Das zeigt sich auch daran, dass der Grosse Rat die Frist zur Behandlung der SP-



Regierung und Grossratskommission wollen höhere Löhne für Kita-Mitarbeitende. Symbolbild: Stefan Kaiser

Initiative im Mai um ein halbes Jahr verlängert hat. Das hätte rascher gehen können, wundert sich Sibylle Schürch. Sie ist Präsidentin des Vereins Familea, der in Basel 30 Kindertagesstätten

mit rund 1400 Betreuungsplätzen anbietet. «Dass die Politik darüber diskutiert, in welche Lohnklasse eine ungelernete Kita-Mitarbeitende eingereiht werden soll, ist nicht stufengerecht.»

Ihr Wunsch: Anstatt über Details zu streiten soll der Grosse Rat die grossen Linien und das Preisschild vorgeben: «Die Frage würde lauten: Was ist uns die fortschrittlichste Kinderbetreuung

der Schweiz wert?» Die Juristin und frühere SP-Grossrätin plädiert für mehr Grosszügigkeit: Sie hofft auf einen Betrag in der Mitte zwischen den Gegenvorschlägen und der Maximalforderung der Initiative, zu der sie sich inhaltlich nicht äussert. Das wären 75 bis 80 Millionen Franken.

Basel-Stadt habe einen hohen Bedarf an Fachkräften, sei ein diverser Lebensraum und verfüge über die nötigen Mittel: «Wir können, ja wir sollten es uns leisten, mehr Geld in unsere Kinder zu investieren und den Eltern mehr Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.»

«Wir mogeln uns so durch»

Für Schürch gehen die von Regierung und BKK vorgeschlagenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in die richtige Richtung - doch sie genügen nicht. «Wir mogeln uns so durch und akzeptieren, dass es bei den Kitas viele personelle Wechsel gibt und nicht alle Mitarbeitenden top ausgebildet sind.» Die Tätigkeit als Kleinkindererzieherin oder -erzieher sei sehr anspruchsvoll und viel mehr als «ein bisschen Kinderhüten.» Die Löhne müssten höher sein, findet Schürch. Letztlich gehe es darum, die familienexterne Kinderbetreuung als Teil des Service public anzuerkennen, wie dies in den nordeuropäischen Ländern der Fall sei.

Auch für die Basler LDP-Nationalrätin und Präsidentin des Vereins für Kinderbetreuung Patricia von Falkenstein sind bessere Arbeitsbedingungen für Kita-Mitarbeitende dringend angezeigt. Neben der pädagogischen Tätigkeit verweist sie auf die immer komplexere Administration.

Von Falkenstein begrüsst die Vorschläge der BKK - insbesondere, dass die Kita-Mitarbeitenden

«Was ist uns die fortschrittlichste Kinderbetreuung wert?»

Sibylle Schürch
Präsident Verein Familea

den beim Lohn endlich jenen der Tagesstrukturen gleichgestellt seien. «Man hat leider etwas lange damit zugewartet und in Kauf genommen, dass viele gute Angestellte abgewandert sind.» Immerhin gehe nun etwas.

Im Gegensatz zu Schürch hält die Liberaldemokratin skandinavische Verhältnisse nicht für erstrebenswert: Es sei wichtig, dass die Eltern Wahlfreiheit hätten. «In den nordischen Ländern ist diese kaum mehr gegeben. In der Regel müssen dort beide Elternteile arbeiten, um ein genügend hohes Haushaltseinkommen zu erzielen.»

Auch die SP-Initiative lehnt von Falkenstein ab. Im aktuellen System haben nur jene Eltern Anspruch auf Betreuungsbeiträge, die selber erwerbstätig sind. Diese Voraussetzung fällt mit kostenlosen Betreuungsplätzen für alle weg - was dazu führen kann, dass der Staat Elternfreizeit subventioniert: Das wäre nicht Sinn der Sache, sagt von Falkenstein: «Ziel muss es sein, die Erwerbstätigkeit der Eltern zu fördern.»